

Medienspiegel Woche 18 / 2017



Inhalt

Frühfremdsprachen / Thurgau / Graubünden // Initiative / Baselland

Tagblatt, 04. Mai 2017

[Neuer Schub für Frühfranzösisch-Gegner](#) 1

Schule Schweiz, 30. April 2017

[Es kann nicht sein, was nicht sein darf](#) 3

Telebasel, 4. Mai 2017.

[Wieder zurück zur alten Franzi-Grammatik?](#) 4

Südostschweiz, 4.5.

[Bundesrichter erteilen Bündner Regierung eine Abfuhr](#) 5

Schule Schweiz, 4. Mai 2017

[Martin Jäger provoziert](#) 6

Zürich / Frühfremdsprachen / Lehrer / Initiative / Amstutz Hanspeter / Deutsch / Kaehlbrandt Roland

SRF Rundschau, 3.5.2017

[Sprachenstreit: Kippt Zürich den nationalen Kompromiss?](#) 7

Schule Schweiz, 4. Mai 2017

[Silvia Steiner täuscht sich](#) 7

Fremdspracheninitiative Zürich

[Damit die Volksschule gewinnt – Acht Gründe für ein überzeugtes JA](#) 8

Qi 1/17 (Verbandszeitschrift des Mittelschullehrpersonenverbandes Zürich)

[Die Volksschule verdient ein besseres Sprachenkonzept](#) 9

NZZ am Sonntag, 7. Mai 2017

[«Englisch lernt man sowieso, sei es über die Hitparade oder den Computer»](#) 11

NZZ, 5.5.2017

[Zu wenig Orthographie am Gymnasium](#) 13

[«Es muss wieder mehr trainiert werden»](#) 15

Aebersold Peter / Kompetenzorientierung / Transnationale Bildung / Sponsoring / Digitalisierung

Schule Schweiz, 30. April 2017

[Wer will „Kompetenzorientierung“ und „Transnationale Bildung“?](#) 18

Schweiz am Wochenende, 7.5.2017

[Firmen drängen immer mehr in die Schulen](#) 19

EDU-Standpunkt April 2017

[Abhängigkeiten und Beeinflussung bis hin zur Entmenschlichung](#) 23

Schule Schweiz, 5. Mai 2017

[Die fidele Welt der Schweizer Bildungspolitik](#) 25

Immer aktuell:

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Veranstaltungshinweis:



Vortragsreihe «Schule & Pädiatrie»
Unaufmerksam, impulsiv und unruhig –
gibt es eine Alternative zu Ritalin?
Mittwoch 10. Mai 2017, 18.30 bis 20.30 Uhr



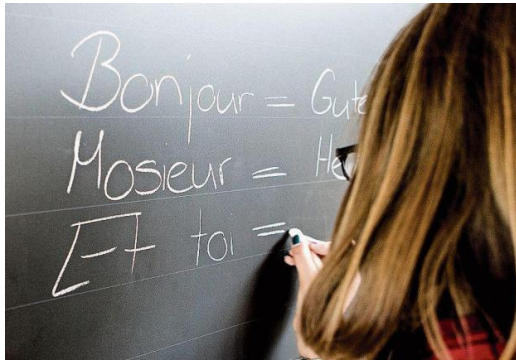
«Schule & Pädiatrie»

**Unaufmerksam, impulsiv und unruhig –
Gibt es eine Alternative zu Ritalin?**

Mittwoch 10. Mai 2017, 18.30 bis 20.30 Uhr
Fachhochschule St. Gallen

[Einladung](#)

Neuer Schub für Frühfranzösisch-Gegner



Am Frühfranzösisch scheiden sich die Geister.
(Bild: Mareycke Frehner)

FREMDSPRACHENUNTERRICHT · Das Thurgauer Parlament will Französisch definitiv in die Oberstufe verbannen. Dies ermutigt Initianten mit ähnlichen Absichten in anderen Kantonen, während Bildungspolitiker die Bedeutung des Entscheids relativieren.

Richard Clavadetscher

Das Thurgauer Kantonsparlament bleibt dabei: Es hat gestern eine Gesetzesvorlage zur Verschiebung des Französischunterrichts auf die Sekundarschulstufe mit 64 zu 53 Stimmen gutgeheissen. Zwar geschah dies in erster Lesung, aber aufgrund des deutlichen Ergebnisses ist anzunehmen, dass der Entscheid auch in der zweiten Lesung und in der Schlussabstimmung Bestand haben wird. Gleichwohl ist im Thurgau das letzte Wort in Sachen Frühfranzösisch noch nicht gefallen. Ein Behördenreferendum ist wahrscheinlich. Damit es zu Stande kommt, müssen mindestens 30 der 130 Ratsmitglieder zustimmen.

Der Entscheid ist nicht nur im Thurgau mit Spannung erwartet worden, denn Kontroversen um den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule sind keine Thurgauer Exklusivität. So kommen etwa in Zürich (am 21. Mai), Luzern (24. September) und Basel-Landschaft entsprechende Volksinitiativen zur Abstimmung. Der Thurgauer Entscheid stimme sie positiv, sagte Lilo Lätzsch vom Zürcher Initiativkomitee. Die Überzeugung, dass zwei Fremdsprachen auf Primarschulstufe nicht ideal seien, erfahre ihrer Wahrnehmung nach ganz allgemein in der Bevölkerung mehr und mehr Zustimmung. Dies insbesondere auch bei Leuten, die sich bisher noch nicht entschieden hätten. Lätzsch hofft nun, dass der Thurgauer Entscheid ihrer Initiative zusätzlichen Schub verleiht.

Thurgau bereitet den Weg vor

Auch Annamarie Bürkli, Präsidentin des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands und Mitglied des Initiativkomitees «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe», hat das Ergebnis mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Offensichtlich wachse in der Schweiz die Einsicht, dass es sinnvoller und effizienter sei, die Kinder im Primarschulalter bei den Fremdsprachen zu entlasten und eine zweite Fremdsprache erst auf der Oberstufe zu unterrichten, so Bürkli.

«Je mehr sich getrauen, hier ihren Weg zu gehen, desto einfacher wird es für jene, die noch folgen», ist schliesslich Jürg Wiedemann aus dem Kanton Basel-Landschaft überzeugt, wo über Fremdsprachenunterricht in der Primarschule noch in diesem Jahr ebenfalls an der Urne befunden wird.

Die Entscheidungsfindung im Thurgau mit Interesse verfolgt hat selbstverständlich auch die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). Dies nicht nur aufgrund der dort Ende Monat stattfindenden Abstimmung in derselben Sache. Steiner ist gleichzeitig Präsidentin der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz. Entsprechend zurückhaltend äussert sie sich: Der Grosse Rat des Kantons Thurgau habe erst in erster Lesung entschieden. «Sollte der Grosse Rat bei seinem Entscheid bleiben, wird voraussichtlich das Volk entscheiden, ob weiterhin zwei Fremdsprachen in der Primarstufe unterrichtet werden sollen.» Daraus schöpft Steiner Hoffnung: «Die Bevölkerung hat sich in verschiedenen Kantonen und insbesondere im Thurgau bereits mehrfach für zwei Fremdsprachen in der Primarschule ausgesprochen.»

Steiners Luzerner Kollege Reto Wyss (CVP) wiederum weist auf die unterschiedliche Signale in der Sache hin: «Kürzlich die Aargauer Studie, die den frühen Sprachenerwerb stützt, und nun die Aktualität aus dem Kanton Thurgau.» Welche Auswirkungen der Thurgauer Entscheid nun auf die Abstimmung in seinem Kanton haben werde, zeige sich im Herbst. Der Luzerner Regierungsrat wolle aber nach wie vor keine Insellösung, sondern an der bisherigen, gesamtschweizerischen Strategie in der Sprachenfrage festhalten.

Mit Gelassenheit auf den Thurgauer Entscheid reagieren schliesslich nationale Bildungspolitiker. Ständerätin Brigitte Häberli (CVP/TG) und Nationalrat Felix Müri (SVP/LU), sie präsidieren die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur ihrer Räte, verweisen auf die kantonale Schulhoheit. «Die Kantone sollen selber entscheiden, wie sie es mit den Fremdsprachen konkret machen», sagt Müri. Wichtig sei lediglich, dass nach neun Schuljahren überall dasselbe Niveau erreicht werde. Häberli fügt an, dass Bundesrat Alain Berset «sicher eine lebhaftige Debatte im Parlament zu gewärtigen» hätte, wenn der Bund diese Toleranz nicht aufbringe und das Sprachengesetz ändern wollte.

Apropos Bund: Dort blieb der jüngste Thurgauer Entscheid gestern unkommentiert.

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/Neuer-Schub-fuer-Fruehfranzoesisch-Gegner:art120101,4973081>

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Die Thurgauer machen es sich nicht leicht mit dem Entscheid um das Frühfranzösisch. In [David Angsts Gedanken zum Thema \(Thurgauer Zeitung vom 29.4.\)](#) fehlt aber der entscheidende Punkt: Es geht hier nicht um Staatspolitik – es geht um die Kinder. Sie sind dem Staat (noch) nichts schuldig – im Gegenteil: In Schulfragen ist der Staat verpflichtet, den Kindern möglichst gute Bedingungen zu schaffen. Dazu möchte ich drei Punkte herausgreifen.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf. 30.4. von Urs Kalberer

1. Viele Politiker (und Journalisten) verbreiten blindlings die Position der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), indem sie behaupten, es gäbe für eine Verschiebung des Fremdsprachenunterrichts keine eindeutigen Anhaltspunkte. Doch diese gibt es sehr wohl. Die EDK bestellte bekanntlich in Dänemark eine Auftragsstudie zum Fremdsprachenunterricht. Trotz des gewählten Fokus der Studie, deren Fragestellungen für unsere Sprachensituation weitgehend irrelevant sind und trotz der Ausklammerung des spezifisch schweizerischen Kontextes mit Schweizerdeutsch und einem hohen Anteil von Migrantensprachen kommt die Studie zum Schluss, dass hinsichtlich des Starts des Fremdsprachenunterrichts ein späterer Beginn vorteilhaft sei. Ausserdem hält sie fest: „Je älter die Schüler beim Start einer Drittsprache sind, desto besser schneiden sie an Leistungsüberprüfungen ab“. Dazu gehört das in vielen Studien nachgewiesene höhere Lerntempo von älteren Lernern, die die jungen trotz der höheren Unterrichtszeit bald ein- und überholen. Ältere Lernende schneiden auch bezüglich des Lernstands über lange Sicht besser ab. Ebenfalls unbestritten ist die Bedeutung der Muttersprache für das Erlernen von Fremdsprachen. Kritische Untersuchungen aus der Schweiz werden entweder ignoriert (Analyse Berthele/Lambelet, Universität Fribourg) oder diffamiert (Studie Pfenninger, Universität Zürich). Die Stellungnahmen namhafter Exponenten der Bildungsforschung und Politik lassen den Schluss zu, dass hier die wissenschaftlichen Fakten massiv zurechtgebogen wurden und werden.

2. David Angst spricht davon, dass bei einem Wegfall des Primarfranzösischen „zwingend“ mehr Lektionen Französisch auf die Oberstufe verlegt werden müssen. Das bedeutet aber nicht, dass alle wegfallenden Lektionen aus der Primarschule in der Oberstufe kompensiert werden müssten. Die Nachhaltigkeit des Primarfranzösischen ist dermassen gering, dass es auch ohne zusätzliche Lektionen gelänge, dasselbe Sprachniveau zu erreichen. Vor allem, wenn man die kumulierten Frustrationen aufgrund des umstrittenen didaktischen Ansatzes mitberücksichtigt. Um auf der sicheren Seite zu sein, würde je eine zusätzliche Lektion in der 1. und 2. Oberstufe ganz sicher zum besten Niveau der Ostschweiz reichen – vorausgesetzt die Kompetenz der Lehrpersonen und die Klassengrösse seien vergleichbar. Eine Verlegung des Französischen an die Oberstufe ist also kein Abbau, sondern wird zu markant höheren Kenntnissen und Fähigkeiten führen. Dagegen können auch unsere welschen Compatriotes nichts einwenden.

3. Die Westschweiz ist noch immer befangen im veralteten Glauben, wonach der Zeitpunkt der entscheidende Faktor beim Spracherwerb sei - je früher desto besser. Doch seit Jahrzehnten wartet die Forschung auf Erkenntnisse, welche auf langfristige Erfolge beim frühen Fremdsprachenlernen hinweisen. Die grösste dazu in verschiedenen europäischen Ländern durchgeführte Studie kam zum ernüchternden Schluss, dass die Schüler unabhängig von der Anzahl der Unterrichtsjahre in der Primarschule nicht über das elementarste Niveau A1 hinauskamen. Das einzige Argument für Frühfranzösisch ist demnach, „wir tun es, weil es die anderen auch so machen“. In einem föderalistischen Staatswesen, das jedem Kanton bildungspolitische Freiheit zusichert, ist diese Haltung nicht nachvollziehbar. Entgegen den von Angst geschilderten Befürchtungen stünde der Thurgau nicht alleine da: Neben Appenzell Innerrhoden verzichtet auch Uri auf Primarfranzösisch, der Aargau beginnt in der 6. Primar, in Zürich, Luzern und Graubünden sind Volksentscheide zu den Primarfremdsprachen hängig. Auch die Westschweiz kann den Thurgau nicht zu einem ineffizienten und teuren Sprachenkonzept zwingen, das dafür sorgt, dass viele Schulkinder bereits beim Eintritt in die Oberstufe die Köpfe hängen lassen.

Letztlich geht es hier wie oben erwähnt nicht in erster Linie um eine staatspolitische, sondern um eine pädagogische Frage. Wir sind es den Kindern schuldig, ihnen die Voraussetzungen für gelingenden Unterricht bereitzustellen. Das bedingt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht länger verleugnet oder zurechtgebogen werden. Ausserdem soll man die katastrophalen Erfahrungen mit den Frühfremdsprachen in der Schweiz – umstrittene Methode, ungenügende Lehrmittel, fehlgeleitete Ausbildung - schonungslos zur Kenntnis nehmen und die entsprechenden Schlüsse ziehen. Schliesslich geht es darum, der Westschweiz endlich zu erklären, dass es verschiedene Wege gibt, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Schweiz zu fördern. Diese Frage auf dem Buckel der Schulkinder (und ihrer Eltern) auszutragen und souveränen Kantonen zu drohen oder sie zu erpressen, liegt einfach nicht mehr drin.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/04/es-kann-nicht-sein-was-nicht-sein-darf.html#more>

Telebasel, 4. Mai 2017.



Baselland

Wieder zurück zur alten Franzi-Grammatik?

Michel Schultheiss

Der Landrat bestätigte heute die Rechtsgültigkeit zweier Volksinitiativen des Komitees «Starke Schule Baselland». Die Forderung der Initianten: Nur noch eine statt zwei Fremdsprachen an der Primarschule sowie der Rückzug aus dem interkantonalen Projekt Passepartout mit dem oft kritisierten Lehrmittel «Mille feuilles».

Gestern sprach sich der grosse Rat des Kantons Thurgau gegen das Frühfranzösisch aus. Auch im Baselbiet geht die Auseinandersetzung um den Fremdsprachenunterricht in eine weitere Runde. Im Gegensatz zur Ostschweiz steht hier aber nicht die Sprache jenseits des Röstigrabens, sondern der Englischunterricht zur Debatte.

Erneut ist das Komitee «Starke Schule Baselland» mit neuen bildungspolitischen Anliegen am Start. Zwei ihrer Volksinitiativen haben heute (4. Mai 2017) im Kantonsparlament eine weitere Hürde geschafft. Der Bericht des Regierungsrats zur Rechtsgültigkeit der Initiativen wurde vom Landrat angenommen.

Nur noch eine Fremdsprache

Zum einen geht es der Gruppe der Gruppe um den Landrat Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) darum, dass auf der Primarstufe nur noch eine statt zwei Fremdsprachen unterrichtet wird. Nach der Vorstellung der Initianten soll das Fach Englisch künftig in die Sekundarstufe verschoben werden. «Ich glaube, dass zwei Fremdsprachen für sehr viele Kinder eine Überforderung darstellen», sagt Wiedemann. Ein möglichst früher Beginn mit Fremdsprachen bedeute zudem nicht per se, dass die Schüler diese auch effizienter beherrschen.

Anderer Meinung ist FDP-Landrätin Marianne Hollinger. Sie plädiert dafür, dem noch jungen Fremdsprachenkonzept erst mal eine Chance zu geben und nicht gleich die Flinte ins Korn zu werfen. «Manchmal ist ständiges Ändern schlimmer als Angefangenes weiterzuziehen». Sie ist zuversichtlich, dass die Kinder in diesem Alter sehr lernfreudig sind und es daher schade wäre, hier einen Schlussstrich zu ziehen.

«keine Verabschiedung vom Frühfranzösisch»

In der zweiten Initiative fordert das Komitee einen Rückzug aus dem interkantonalen Projekt Passepartout. Im Gegensatz zum Thurgau geht die Forderung hier aber in eine andere Richtung: «Ein Ausstieg aus Passepartout bedeutet keine Verabschiedung vom Frühfranzösisch», betont Paul Wenger (SVP). Er fordert aber, das sprachdidaktische Konzept des Sprachbads, wie es im viel diskutierten Lehrmittel «Mille feuilles» zu finden ist, wieder rückgängig zu machen. Ein strukturierter Unterricht mit Schwerpunkt auf solider Grammatik müsse stattdessen wieder im Vordergrund stehen.

Sein Kollege aus der Bildungskommission des Landrats, Roman Brunner (SP), findet es hingegen keine gute Idee, die kostspielige Übung wieder abubrechen. Schliesslich sei die Bildungsharmonisierung vom Volk gewollt: «Wenn nun alle Kantone anfangen, an diesem Fremdsprachenkonzept herumzuschrauben, wird es schwierig für eine harmonisierte Lösung für die ganze Schweiz.»

<https://telebasel.ch/2017/05/04/wieder-zurueck-zur-altten-franzi-grammatik/>

Südostschweiz, 4.5.

Bundesrichter erteilen Bündner Regierung eine Abfuhr

Das Bundesgericht hat die Fremdspracheninitiative für gültig erklärt.

Die umstrittene Volksinitiative "Nur eine Fremdsprache in der Primarschule" war im November 2013 bei der Standeskanzlei des Kantons Graubünden in Form einer allgemeinen Anregung eingereicht worden; sie muss also – wenn ihr das Stimmvolk dereinst den Segen erteilen sollte – vom Regierungsrat und vom Grossen Rat im Detail ausgearbeitet und in ein Gesetz gepackt werden. Die Fremdspracheninitiative, wie sie auch genannt wird, will eine Abänderung des Volksschulgesetzes und verlangt, dass in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache obligatorisch ist, je nach Sprachregion Deutsch oder Englisch. Die Primarschüler im deutschsprachigen Gebiet hätten demnach als Fremdsprache Englisch und die Schüler im rätoromanischen im italienischen Teil des Kantons müssten Deutsch lernen.

Verwaltungsgericht geschützt

Bereits im Grossen Rat war umstritten, ob die Initiative gültig ist oder nicht. Im April 2015 beschloss der Grosse Rat mit 82 zu 34 Stimmen, die Fremdspracheninitiative für ungültig zu erklären. Ein Rechtsgutachten von Professor Ehrenzeller war zuvor zum Ergebnis gelangt, dass die Fremdspracheninitiative unter anderem gegen das Diskriminierungsverbot verstösst. Vor etwas mehr als einem Jahr hiess das Bündner Verwaltungsgericht eine dagegen erhobene Beschwerde gut, erklärte die Initiative für gültig und wies die Angelegenheit zur weiteren Behandlung an den Grossen Rat zurück. Gestern musste sich das Bundesgericht mit dem Streit befassen, nachdem insgesamt 18 Privatpersonen gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts in Lausanne Beschwerde erhoben hatten. Mit knappen drei zu zwei Stimmen wies das Bundesgericht die Beschwerde ab. Damit ist die Gültigkeit der Fremdspracheninitiative besiegelt und das Bündner Stimmvolk kann darüber abstimmen, ob künftig an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache vermittelt werden muss.

Berufliche und wirtschaftliche Nachteile

Die Richter in Lausanne hatten insbesondere zu prüfen, ob die Initiative gegen übergeordnetes Recht verstösst. Im Vordergrund stand dabei die Frage, ob die Spracheninitiative die Schüler im rätoromanischen und im italienischen Sprachgebiet diskriminiert, weil sie in der Primarschule Deutsch lernen müssen, während die deutschsprachigen Schüler bereits in Englisch unterrichtet werden. Zwei Richter sahen darin eine Diskriminierung, weil die deutsche Sprache weltweit massiv weniger verbreitet ist als die englische Sprache. Die italienisch- und rätoromanischsprachigen Schüler seien deshalb insbesondere im beruflichen und wirtschaftlichen, aber auch im touristischen Bereich benachteiligt, wenn sie erst in der Oberstufe Englisch lernen könnten.

Kein offensichtlicher Widerspruch

Die Mehrheit der Richter sah das nicht so eng. Ihrer Auffassung nach hätte die Fremdspracheninitiative nur dann für ungültig erklärt werden dürfen, wenn ein offensichtlicher Widerspruch zum übergeordneten Recht bestehen würde. Bei Fragen bildungspolitischer Art könnten mit guten Gründen verschiedene Standpunkte vertreten werden, meinte ein Richter. Um diskriminierend zu sein, müsste der Widerspruch zur Bundesverfassung oder zur kantonalen Verfassung geradezu ins Auge springen. Im Kanton Graubünden eine absolute Gleichbehandlung aller Schüler zu erlangen, ist angesichts der verschiedenen Sprachen ein Ding der Unmöglichkeit. Dem Kanton ist deshalb ein grosser Ermessensspielraum in diesen Fragen zuzubilligen.

Freiwillig zweite Fremdsprache

Der Vorwurf der Beschwerdeführer, die Initiative stehe quer in der Landschaft und führe zu einer Entharmonisierung mit den andern Kantonen, liess die Mehrheit der Richter nicht gelten, zumal der Kanton Graubünden dem Harnos-Abkommen, welches für die Primarschule zwei Fremdsprachen vorsieht, nicht beigetreten ist. Im Übrigen wies ein Richter darauf hin, dass es die Initiative nicht verbietet, auf freiwilliger Basis auf Primarschulstufe eine zweite Fremdsprache anzubieten. Zudem schliesst die Initiative auch nicht aus, dass bei entsprechender Umsetzung eine gleichwertige Sprachausbildung aller Schüler am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit besteht. Das Gericht geht davon aus, dass eine zweite Fremdsprache auf der Oberstufe relativ effizient erlernt werden kann.

Diskussion dürfte weiter gehen

Mit der Gültigerklärung der Initiative steht nun fest, dass das Bündner Stimmvolk über die Spracheninitiative abstimmen kann. Ein Ja würde aber nicht heissen, dass die einzelnen Fremdsprachen postwendend eingeführt würden. Zuerst müsste die Regierung ein entsprechendes Gesetz erarbeiten, welches später vom Grossen Rat zu beraten ist. Nach der Verabschiedung des Gesetzes könnte mit einem Referendum eine weitere Abstimmung erzwungen werden. Und auf juristische Ebene könnte das Gesetz bzw. heikle Bestimmungen des Gesetzes im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle erneut dem Bundesgericht unterbreitet werden. Und last but not least: Würde ein Schüler dereinst in einem speziell gelagerten Einzelfall durch das „Fremdsprachengesetz“ in seinen verfassungsmässigen Rechten verletzt, könnte das Bundesgericht ebenfalls eingreifen.

<https://www.suedostschweiz.ch/politik/2017-05-03/bundesrichter-erteilen-buendner-regierung-eine-abfuhr>

Schule Schweiz, 4. Mai 2017

Martin Jäger provoziert

Der gestrige Entscheid des Bundesgericht ist ein harter Schlag für den Bündner Bildungsdirektor Martin Jäger. Er kämpfte vehement für die Ungültigkeitserklärung der Fremdspracheninitiative. Der Grosse Rat ist ihm dabei gefolgt und erklärte die Initiative für ungültig. Erst das Bündner Verwaltungsgericht kippte diesen Entscheid zugunsten der Initianten. Nun hat das Bundesgericht einen Schlussstrich gezogen und die Initiative definitiv für gültig erklärt. Es lohnt sich nun, die Reaktion von Jäger, geäussert gegenüber Schweiz aktuell, zur Kenntnis zu nehmen.

Martin Jäger: "Ich bin heute nicht sehr glücklich, weil ich weiss, dass das, was auf uns zukommt, eine Belastung gibt zwischen den Sprachregionen."

Viel lieber lässt Jäger eine Initiative, die gültig ist, verbieten. Da fühlt er sich sofort viel glücklicher. Jäger und der Grosse Rat waren drauf und dran die Volksrechte in Graubünden massiv einzuschränken. Dass er jetzt das Bundesgericht für dessen Urteil indirekt rügt, anstatt es bedingungslos zu akzeptieren ist eine Anmassung.

Nochmals Jäger: "In diesem Kanton ist es immer wieder schwierig, wenn man nicht aufeinander Rücksicht nimmt."

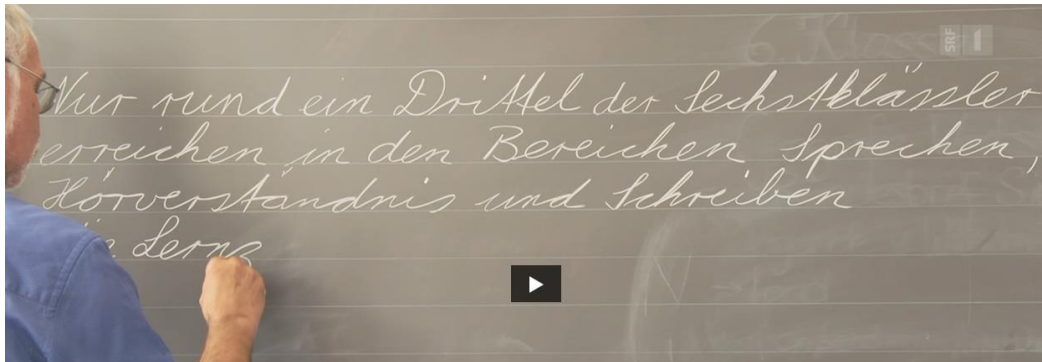
Jäger unterstellt damit den Initianten, sie würden nicht auf die anderen Sprachregionen Rücksicht nehmen. Auch hier zeigt sich der Bündner Erziehungschef wenig souverän.

Urs Kalberer

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/05/martin-jager-provoziert.html>

SRF Rundschau, 3.5.2017

Sprachenstreit: Kippt Zürich den nationalen Kompromiss?



Zwei Fremdsprachen auf der Mittelstufe sind zu viel. Dies die dezidierte Meinung des Zürcher Lehrerverbands, der mit einer kantonalen Volksabstimmung nur noch eine Frühfremdsprache verlangt. Die „Rundschau“ lässt drei Lehrkräfte aus drei Kantonen zu Wort kommen. Sie reden über ihre Erfahrungen im Unterricht – kritisch und engagiert.

<https://www.srf.ch/sendungen/rundschau/energiewende-sprachenstreit-s-steiner-israelische-siedlungen>

Schule Schweiz, 4. Mai 2017

Silvia Steiner täuscht sich

Die Präsidentin der kantonalen Bildungsdirektorenkonferenz Silvia Steiner stellt sich den Fragen von Sandro Brotz. Im Gespräch sagt Silvia Steiner, dass 20 Prozent der Schüler die Lernziele nicht erreichen. Sie irrt sich. Eine Leistungsmessung aus den Zentralschweizer Kantonen zeigt, dass 60 Prozent (!) die Lernziele nicht erreichen.

Theke: Silvia Steiner,
SRF Rundschau, 3.5.

Erreichen der Lehrplanziele im Französisch am Ende der Primarschule

Resultate der Studie der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz

Fertigkeit	Lehrplanziele	Anteil SchülerInnen, die Lehrplanziel oder mehr erreichen		
		2 Wochenstd. pro Jahr	3 Wochenstd pro Jahr (Kt. Zug)	BKZ gesamt (Durchschnittswert)
Hören	A1.2	34.0%	40.2%	35.4%
Lesen	A1.2	52.1%	58.1%	53.5%
Schreiben	A1.2	32.5%	38.5%	33.8%
Sprechen	A1.2	35.5%	55.6%	39.6%

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/05/silvia-steiner-tauscht-sich.html>

Quelle:

Fremdsprachenevaluation in der Zentralschweiz

Die Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz hat im Sommer 2014 beschlossen, im Schuljahr 2014/15 in den 6. und 8. Klassen eine Evaluation der Französisch- und Englischkenntnisse durchzuführen. Mit der Durchführung wurde das Institut für Mehrsprachigkeit Freiburg (IFM) beauftragt. Die BKZ hat am 18. März 2016 über die Ergebnisse der Evaluation informiert.

<http://bildung-z.ch/volksschule/fremdsprachenevaluation-2016>

Damit die Volksschule gewinnt – Acht Gründe für ein überzeugtes JA

Sprachenkonzept mit klaren Schwerpunkten

Zu viele verschiedene Inhalte mit wenigen Wochenlektionen erschweren den Lernerfolg. Das aktuelle Sprachenkonzept in heterogenen Klassen führt zu einer Verzettlung und pädagogischer Hektik. Der Start der zweiten Fremdsprache im Niveauunterricht in der Sekundarstufe mit deutlich mehr Lektionen gegenüber der ersten ermöglicht nachhaltigeren Erfolg.

Die deutsche Muttersprache hat Priorität

Die Festigung der deutschen Sprache bildet die beste Basis für Lernerfolge in weiteren Sprachen. Untersuchungen zeigen, dass die Fähigkeiten von Schulabgängern im Fach Deutsch zum Teil sehr schwach sind. Viele Lehrmeister bemängeln die ungenügenden Kenntnisse in der Erstsprache. Damit die Muttersprache gezielt gefördert wird, soll die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarstufe beginnen.

Ganzheitliche Bildung für alle Schülerinnen und Schüler

Die Lektionentafel an der Primarschule ist durch zu viele Bildungsziele überlastet. Neben dem Spracherwerb müssen Schülerinnen und Schüler im Bereich der Mathematik, Mensch und Umwelt und in allen gestalterischen, musikalischen und Bewegungsfächern die gesetzten Ziele erreichen. Mit einer Entschlackung der Lektionentafel können die erweiterten Lernziele erreicht werden.

Mehr Qualität statt Quantität

Die Regelung mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe hält nicht, was sie verspricht. Sie ist ineffizient, bindet Ressourcen und überfordert eine Mehrheit unserer Kinder. 2/3 der 6.Klässler erreichen in der zweiten Fremdsprache in den Bereichen Hören, Sprechen und Schreiben die Lernziele nicht (Studie Zentralschweiz 2015). In dieser Situation braucht es den Mut, auf Qualität zu setzen. Weniger ist mehr.

Schneller lernen in der Sekundarstufe

Jugendliche mit guten Grundlagen in Deutsch und der ersten Fremdsprache lernen die zweite Fremdsprache in der Sekundarstufe schneller.

Schülerinnen und Schüler profitieren

Mit einem gut gestaffelten Sprachenkonzept profitieren die Schülerinnen und Schüler und erzielen bessere Abschlussresultate am Ende der Volksschule in allen drei Sprachen.

Benachteiligung fremdsprachiger Kinder

Die Integration von Kindern mit anderen Muttersprachen ist mit dem heutigen Sprachenmodell schwierig. Viele dieser Kinder müssen zusätzlich zu den beiden Frühfremdsprachen Hochdeutsch und Mundart lernen; oft besuchen sie zusätzlich noch Unterricht in ihrer eigenen Muttersprache.

Lehrpersonen sind für eine Fremdsprache auf der Primarstufe

Die Lehrpersonalverbände ZLV, SekZH, und ZKM unterstützen diese Initiative.

Und vieles mehr dazu:

<http://www.fremdsprachen-initiative-zuerich.ch/index.php/argumente>

Die Volksschule verdient ein besseres Sprachenkonzept

Wenig Erfolg bei der frühen zweiten Fremdsprache

Das Konzept der sprachlichen Frühförderung steht auf wackeligem Grund. Sechstklässler sollten sich am Ende der Primarschulzeit munter in Englisch und Französisch ausdrücken können. Dieses Ziel hielten namhafte Sprachdidaktiker für realistisch und lange Zeit wurde ihrer Botschaft gerne Glauben geschenkt. Unterdessen ist eine grosse Ernüchterung eingetreten. Eine von der Bildungsdirektorenkonferenz der Zentralschweiz durchgeführte Erhebung über die Resultate des frühen Fremdsprachenunterrichts in der Zentralschweiz ergab eine unerfreuliche Bilanz. Zwei Drittel der Schüler erreichen in der zweiten Fremdsprache (Frühfranzösisch) die elementaren Bildungsziele im Sprechen, Hörverstehen und Schreiben nicht. Einzig im Lesen schafft es die Hälfte der Schüler, die gestellten Anforderungen zu erfüllen.

Rasches Aufholen auf der Oberstufe

Bei der ersten Fremdsprache, dem Englisch, kann immerhin festgehalten werden, dass die Lernmotivation und auch die Leistungen in Teilbereichen besser sind. Doch zum Jubeln besteht kein Grund, denn wie die viel zitierte Studie von Simone Pfenninger von der Universität Zürich zeigt, steht es um die Nachhaltigkeit des frühen Englischlernens nicht allzu gut. Simone Pfenninger kommt zum Schluss, dass Gymnasiasten ohne Englischvorkenntnisse aus der Primarschule schon nach wenigen Monaten den Rückstand gegenüber ihren Mitschülern mit Vorbildung aufgeholt haben. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Erfolg des frühen Lernens völlig überschätzt wurde und Jugendliche mit analytischen Methoden in den Niveaustufen der Oberstufe schneller lernen.

Missverständnisse rund um das frühe Sprachenlernen

Offensichtlich müssen einige Vorstellungen über erfolgreiches frühes Sprachenlernen korrigiert werden. Richtig ist, dass Kinder bis zum Alter von fünf Jahren tatsächlich die Fähigkeit haben, häufig gehörte Sprachen nebeneinander zu lernen. Wenn der Vater schweizerdeutsch spricht und die Mutter in der Regel spanisch, wird das Kind intuitiv mit beiden Sprachen vertraut. Doch schulisches Sprachenlernen mit begrenzter Lektionenzahl ist etwas ganz anderes. Die Phase des intuitiven Frühlernens ist längst vorbei, wenn die erste Fremdsprache auf der Unterstufe eingeführt wird.

Es bleibt das Argument mit dem spielerischen Lernen, das neben der gescheiterten immersiven Vermittlung von Realieninhalten als einer der Trümpfe der modernen Sprachendidaktik angepriesen wurde. Ein spielerischer Einstieg hilft sicher mit, eine Annäherung an den Klang der fremden Wörter zu erreichen und etwas Spass im Anfängerunterricht zu vermitteln. Doch diese Methode stösst bereits auf der Mittelstufe an seine Grenzen, wenn bei der Einführung der zweiten Fremdsprache in der fünften Klasse das spielerische Lernen entwicklungsbedingt durch einfache analytische Methoden abgelöst werden muss.

Unverständliches Abrücken des LCH von den „Gelingensbedingungen“

Damit schulisches Fremdsprachenlernen effizient ist, müssen mindestens drei wichtige Voraussetzungen stimmen: Genug Lektionen für den täglichen Kontakt mit der Sprache, Unterricht auf einem für möglichst alle Schüler erfolversprechenden Level und gute sprachliche Kompetenzen der Lehrpersonen. Die ersten beiden Bedingungen kann die Primarschule mit ihrem breiten Stoffprogramm und der Heterogenität in den Klassen nicht bieten, nur die dritte wird mit riesigem Aufwand erreicht. Und dennoch will man unbedingt am Konzept festhalten, jedes Kind müsse bereits in der Primarschule zwei Fremdsprachen lernen.

Während Jahren hat der Schweizer Verband der Lehrerinnen und Lehrer (LCH) das Zweisprachenkonzept der Primarschule nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt unterstützt, dass die Rahmenbedingungen für den Fremdsprachenunterricht stark verbessert würden. Immer wieder wurde die Frist für Verbesserungen hinausgezögert und die Lehrerschaft zur nötigen Geduld ermahnt. Doch vor einem Jahr wurde die Forderung für gute „Gelingensbedingungen“ sang und klanglos begraben. Der LCH schwenkte voll auf die Linie des Mainstreams in der Bildungspolitik ein, ohne dass sich an den gravierenden Mängeln des Sprachenkonzepts etwas geändert hätte.

Deutsch lernen als grosse Herausforderung

Im bildungspolitischen Rummel um das Einstiegsalter beim Fremdsprachenunterricht stand die zentrale Aufgabe des Deutschlernens lange im Abseits. Erst die alarmierenden Pisa-Resultate bei den Schulabgängern im Fach Deutsch lenkte das öffentliche Interesse wieder auf den vergessenen Grundauftrag. Die Primarlehrpersonen wiesen stets darauf hin, dass der Tanz auf drei Hochzeiten bei den Sprachen seinen Preis fordert. Wer zu vielen Zielen nachjagt, verzettelt sich. Richtig Deutsch lernen geht weit über das wichtige formale Üben und das Bearbeiten von Texten in den eigentlichen Deutschlektionen hinaus.

So trägt der Unterricht in Mensch und Umwelt viel dazu bei, dass die Schüler ihren Wortschatz erweitern und Sprache richtig lustvoll erleben können. Doch haben nicht gerade Fächer wie Geschichte oder Naturkunde erheblich an Bedeutung eingebüsst? Dies geschah nicht aus Desinteresse, aber vielleicht weil den Lehrpersonen vor lauter schulischer Betriebsamkeit die Zeit für gründliche Vorbereitungen fehlte.

Keine Chancen für Halbklassenunterricht und genügend Lektionen

Wenn die Ziele im frühen Fremdsprachenunterricht nicht erreicht werden, taucht rasch der Vorwurf auf, die Lehrpersonen seien unzureichend ausgebildet. Mit gutem Grund weisen sie das zurück. Die Investitionen ins Englisch in der Aus- und Weiterbildung sind beachtlich. Die allermeisten Lehrerinnen sind so gut qualifiziert, dass sie ihren Fremdsprachenunterricht situativ und lebendig gestalten können.

Ein überladenes Sprachenkonzept ist nicht mit Retouchen bei der Lektionenzahl oder mit einzelnen Dispensationen von überforderten Schülern zu retten. Der Vorschlag der Bildungsdirektion, Französisch auf der Mittelstufe um eine Lektion zu erhöhen, ist wenig überzeugend, da als Kompensation die Zahl der Französischlektionen auf der Oberstufe reduziert wird.

Zu einem effizienteren kommunikativen Fremdsprachenunterricht gehört auch, dass einzelne Lektionen in den heterogenen Klassen der Mittelstufe in Halbklassenlektionen erteilt werden können. Doch statt diese Möglichkeit zu schaffen, wurde der Halbklassenunterricht aus finanziellen Gründen generell reduziert. Dabei wäre es enorm wichtig, in Gruppen mit Clubschulgrösse das Sprechen zu üben. Dass die grosse Mehrheit der Lehrpersonen der Mittelstufe mit den aktuellen Rahmenbedingungen für den Sprachenunterricht überhaupt nicht zufrieden ist, erstaunt deshalb nicht.

Überladener Auftrag der Mittelstufe

Die Mittelstufe steht in verschiedener Hinsicht unter hohem Erwartungsdruck. Der Übertritt in die Sekundarschule oder ins Gymnasium verstärkt die Konzentration auf die kognitiven Fächer. Fremdsprachen sind zwar nicht direkt übertrittsrelevant, doch in der prognostischen Gesamtbewertung spielen sie eine grosse Rolle. Gewisse Standards in Französisch und Englisch müssen erreicht werden, wenn eine Schülerin oder ein Schüler einen guten Start auf der Oberstufe haben soll.

Mit dem allseits begrüßten Ausbau der MINT-Fächer wird der Platz in der Lektionentafel sehr knapp. Doch statt die zweite Fremdsprache auf die Sekundarschule zu verschieben, wird weiter so getan, als könne die Mittelstufe alle Bildungswünsche aufs Mal erfüllen.

Mit höherer Lektionendichte und der Konzentration auf eine Fremdsprache wird das Lernen effizienter und entspannter. Das für die meisten Frühlerner eher abträgliche Switchen zwischen den Sprachen entfällt und die Schüler können sich durch tägliche Übungssequenzen und Lerninputs mit der Sprache besser vertraut machen. Beim Lernen einer einzigen Fremdsprache ist die Chance wesentlich grösser, dass weniger Kinder völlig abgehängt werden, als wenn sie sich auf zwei Fremdsprachen einstellen müssen.

Zur ganzheitlichen Bildung gehören auch die Naturwissenschaften

Eine Konzentration der Bildung in der Primarschule auf Wesentliches bedeutet keine Verarmung des Unterrichts, indem nur noch Mathematik und Deutsch als wichtig erachtet werden. Fächer wie Geschichte, Naturkunde, Werken oder Zeichnen sollen den Kindern einen andern Zugang zu Bildungsinhalten ermöglichen. Um auch in diesen Bereichen einen lebendigen Unterricht bieten zu können, brauchen die Lehrpersonen die nötige pädagogische Musse. Dass bei den MINT-Fächern mit spannenden technischen und naturkundlichen Experimenten neue Schwerpunkte gesetzt werden sollen, ist zweifellos ein Gewinn. Aber ohne eine Entlastung durch ein vernünftigeres Sprachenkonzept droht der neue Auftrag an der Überfülle der Bildungsziele zu scheitern.

Effizientere Einführung der zweiten Fremdsprache auf der Oberstufe

Der Bildungsauftrag der Primarschule ist neu zu überdenken. Wir müssen uns entscheiden, was Priorität hat und was eher zum Wunschbedarf gehört. Da geplant ist, für Informatik und Medienkunde ein zusätzliches Fach einzuführen, gilt es, die Weichen nun richtig zu stellen. Zielführend wäre es, das überladene Fuder beim frühen Fremdsprachenlernen zu kippen. Eine Fremdsprache auf der Primarschule genügt, die zweite kann auf der Oberstufe effizienter und erfolgreicher eingeführt werden. Damit wird Platz geschaffen für eine ausgewogene Lektionentafel der Mittelstufe und eine wieder stärker auf Ganzheitlichkeit ausgerichtete Lehrerbildung.

Hanspeter Amstutz

<http://www.mvz.ch/qj>

NZZ am Sonntag, 7. Mai 2017

Englisch lernt man sowieso, sei es über die Hitparade oder den Computer

DIE E-MAIL-DEBATTE

Französisch zuerst – da sind sich Gregor Rutz und Jacqueline Badran in ihrer Schuldebatte einig. Zu Differenzen kommt es erst beim Thema Harmonisierung

Gregor Rutz

Welche Fremdsprache soll wann in der Schule gelernt werden? Die Diskussion über das sich verändernde Bildungsniveau, die Gestaltung des Lehrplans sowie die Anforderungen an die Schülerschaft ist in vollem Gange. In Zürich stimmen wir darüber ab, ob die Primarschüler künftig bis zur sechsten Klasse nur noch eine Fremdsprache lernen sollen. Im Thurgau wird der Französischunterricht neu auf Sekundarstufe verschoben. Qu'est-ce que vous en pensez, chère collègue?

Jacqueline Badran

Schwierige Frage. Unter den heutigen Bedingungen tendiere ich zu nur einer Fremdsprache in der Primarschule. Studien zeigen, dass man eine Fremdsprache dann am besten lernt, wenn man zuerst eine Sprache sehr gut beherrscht. Viele Schüler haben aber bereits eine andere Muttersprache. Zwei zusätzliche Sprachen sind dann überfordernd. Insbesondere dann, wenn man nur wenige Lektionen pro Sprache hat, die Intensität also gering ist. Das ist bei den jetzigen, viel zu geringen Ressourcen an den Schulen der Fall. Aber alle Pädagogen sind sich eigentlich einig, dass wenige Lektionen kaum etwas nützen, sondern nur eine intensive Auseinandersetzung mit der Sprache. Die Formel «Je früher, desto besser» stimmt also nur, wenn man mit der Sprache täglich konfrontiert ist.

Gregor Rutz

Es sind ja eigentlich zwei Fragen. Die eine Frage ist, wie viele Fremdsprachen wann gelernt werden sollen. Hier bin ich ähnlicher Meinung. Ich finde, die Schüler sollten zuerst einmal richtig Deutsch lernen. Die heutigen Deutschkenntnisse sind meines Erachtens miserabel – immer öfter können Schulabgänger kaum mehr fehlerfrei Protokolle, Briefe oder Texte schreiben. Unter diesen Umständen muss man meines Erachtens sogar darüber sprechen, ob die Fremdsprachen nicht überhaupt erst in der Oberstufe in Angriff genommen werden sollten. Die zweite Frage ist, welche Sprache als erste Fremdsprache unterrichtet werden soll. Hier wiederum bin ich klar der Auffassung, dass dies Französisch sein muss – nicht zuletzt aus Gründen der nationalen Kohäsion.

Jacqueline Badran

Da bin ich gleicher Meinung. Unbedingt Französisch zuerst. Nicht nur weil es eine unserer Landessprachen ist, sondern auch weil sie schwieriger ist als Englisch. Und nicht zuletzt: Wir sollten das unbedingt zwischen den Kantonen harmonisieren. Es kann nicht sein, dass Kinder bestraft werden, wenn ihre Eltern den Kanton wechseln. Insofern bedauere ich den Entscheid des Kantons Thurgau. Besser wäre, sie hätten das Englisch in die Oberstufe verschoben, dafür das Französisch in der Primarschule intensiviert.

Gregor Rutz

Auch das sehe ich ähnlich. Bezüglich Harmonisierung bin ich jedoch anderer Meinung: Die kantonale Schulhoheit hat sich meines Erachtens bewährt. Etwas Wettbewerb tut auch im Bildungswesen gut. Zudem kann und soll man die Mentalitäten und Anforderungen in den verschiedenen

Kantonen nicht über einen Leisten schlagen. Den Thurgauer Entscheid bedaure ich ebenfalls – das ist meines Erachtens wenig weitsichtig. Französisch als Landessprache muss zwingend zuerst unterrichtet werden. Englisch lernt man heute sowieso, sei es über die Hitparade, den Computer oder im täglichen Umgang, wo – leider – immer mehr Anglizismen unseren Wortschatz prägen.

Jacqueline Badran

Liegt da auch ein Grund für die von Ihnen beklagten miserablen Deutschkenntnisse?

Gregor Rutz

Ja, der erschreckende Qualitätsverlust in der deutschen Sprache der Schüler könnte tatsächlich damit zu tun haben. Wer nur noch mit Abkürzungen, Emoticons und SMS kommuniziert, kann sich letztlich nicht mehr präzise ausdrücken. Auch wenn es vielleicht etwas altmodisch tönt: Hier helfen nur Diktate und Aufsätze. Auch die Lektüre der grossen Standardwerke müsste wieder viel mehr Gewicht haben im Schulunterricht. Hier müsste die Lehrerschaft viel mehr protestieren. Wer seine Muttersprache nicht mehr richtig beherrscht, hat auf dem Arbeitsmarkt einfach schlechtere Aussichten – das muss uns alle kümmern. Wie stehen Sie denn zur Frage, dass wir zu wenig Naturwissenschaftler haben und alle in die Phil.-I-Fächer strömen? Oder auch zur Frage, dass die Berufslehre unverdienterweise immer unattraktiver wird und sich die Gesellschaft immer mehr verakademisiert?

Jacqueline Badran

Die Verakademisierung ist teilweise komplett unnötig und inakzeptabel. Von mir aus könnte man sofort die Maturitätsquote senken und dafür die Sekundarschule und die Lehre stark aufwerten. Auch die Sprachlastigkeit der Schule ist nicht unproblematisch. Insbesondere Kinder im Primarschulalter sind sehr neugierig, wie Dinge funktionieren. Das zeigen nicht nur Studien, das zeigen auch meine persönlichen Erfahrungen. Ihre Fragen können uns Erwachsene ganz schön ins Schwitzen bringen. Neulich fragte mich ein achtjähriges Mädchen, weshalb gewisse Grassorten nicht so lange werden, wie andere. Dass das genetisch codiert ist, half dem Mädchen als Antwort wenig, weil es natürlich nicht wusste, was Gene sind. Kinder sind enorm zugänglich für Naturwissenschaften. Dafür gibt es immer weniger Raum im Schulunterricht, was sich später bei der Berufswahl auswirkt. Und dann jammern alle, wir hätten zu wenige Naturwissenschaftler, Ingenieure und Informatiker. Vielleicht bin ich, wie Sie auch, altmodisch. Aber ich glaube nicht, dass die Devise «Von allem ein bisschen» gut ist. Ich glaube da ebenfalls an das gute alte «Üben, üben, üben». Dafür hat es in der Primarschule bei so vielen fremdsprachlichen Fächern nicht mehr genügend Raum und zu wenige Ressourcen.

Debattierer

Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.

Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

<https://nzzas.nzz.ch/meinungen/fruehfranzoesisch-englisch-lernt-man-sowieso-sei-es-ueber-die-hitparade-oder-den-computer-ld.1291017?reduced=true>

NZZ, 5.5.2017

Zu wenig Orthographie am Gymnasium

«Schreibfehler, Fallfehler, mangelnde Interpunktion – das Niveau der Studierenden ist zum Teil erschreckend»

von Robin Schwarzenbach

Die besten Schüler der Schweiz sollten korrekt schreiben können. Doch die Gymnasien setzen andere Prioritäten. Das hat Folgen.

Auf den Pulten liegen Papierkarten mit kurzen deutschen Sätzen drauf. Sie sollen verteilt werden: Auf einen Stapel kommen die richtig geschriebenen Sätze, auf einen weiteren die zweifelhaften und auf den dritten jene Sätze, die sicher einen Fehler enthalten wie «Ich will dich unbedingt kennen lernen». Das muss falsch sein, denn «kennenlernen» schreibt man zusammen. Oder etwa nicht?

Die Runde staunt nicht schlecht, als der Dozent die Karten wieder einsammelt und seine verduzten Zuhörer wissen lässt: «Sämtliche Beispiele sind richtig geschrieben!» Seit 2006 kann man «kennenlernen» auch getrennt schreiben. Im Schweizer Schülerduden ist die getrennte Form gar als einzige Schreibweise aufgeführt, um die Schüler nicht zu verwirren, wie es heisst.

«Erschreckendes Niveau»

Allein, es ist kompliziert – auch für angehende Deutschlehrer im Gymnasium. «Ui nein, das hätte ich prompt falsch angestrichen!», entfährt es einer Studentin im Didaktikseminar an der Universität Zürich. Sie befindet sich in «guter» Gesellschaft.

Viele Studierende haben nicht nur Mühe mit der Rechtschreibreform, sondern mit der Orthographie generell. Auch Grammatik und sprachlicher Ausdruck machen ihnen zu schaffen. Peter V. Kunz, Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern, stellt einen «dramatischen Kompetenzverlust» fest: «Schreibfehler, Fallfehler, mangelnde Interpunktion, falsch verwendete Metaphern – das Niveau der Studierenden ist zum Teil erschreckend.» Bei künftigen Rechtsvertretern sei dies problematisch, denn: «Eine saubere Sprache ist die Grundvoraussetzung für einen sauberen Gedanken. Wer sich nicht ausdrücken kann, wird nie zu einem guten Juristen werden.»

Die wenig schmeichelhaften Worte des Berner Dekans bringen eine Entwicklung auf den Punkt, die den hiesigen Gymnasien, den Lehrpersonen und ihren Schülerinnen und Schülern ein ungenügendes Zeugnis ausstellt. Eine [Untersuchung der Erziehungsdirektorenkonferenz \(EDK\) bei Studienanfängern](#) hat erhebliche Mängel in den von Kunz monierten Bereichen festgestellt. 2016 wurde der Rahmenlehrplan der Maturitätsschulen daraufhin durch sogenannte [«basale fachliche Kompetenzen»](#) ergänzt – durch Fertigkeiten also, die für Maturanden selbstverständlich sein sollten, es aber offensichtlich nicht sind.

Eine [Erhebung der Universität Zürich](#) spricht ebenfalls von deutlichen Defiziten in der Orthographie. Zwei von drei befragten Lehrern geben an, dass Gymnasiasten und Sekundarschüler mehr Fehler machten als noch vor zehn Jahren. 60 Prozent halten fest, dass sich die Grammatikkenntnisse verschlechtert hätten. Als Stärken werden vor allem Kreativität und Phantasie, aber auch eine «Unbekümmertheit beim Schreiben» genannt. Diese Vorlieben kommen offenbar auch im Unterricht zum Tragen. Dass Schüler einen kohärenten Text schreiben können, erachten über 90 Prozent der Lehrer als wichtig. Grammatik hat nur für jeden zweiten Pädagogen denselben Stellenwert, Orthographie nur für etwas mehr als ein Viertel.

Viele Lehrer kapitulieren

Mit anderen Worten: Formale Schreibschwächen sind evident. Doch viele Lehrer konzentrieren sich lieber auf inhaltliche und dramaturgische Fragen, anstatt sich mit «basalen» Dingen wie Getrennt- und Zusammenschreibung oder Kommaregeln aufzuhalten. «Die Rechtschreibung ist etwas aus dem Blick geraten», sagt Thomas Lindauer, Professor an der Pädagogischen Hochschule

(PH) der Fachhochschule Nordwestschweiz. Der Sprachdidaktiker hat eine Erklärung dafür. «Gymnasien wollen reflektieren, und sie tun das vor allem mit Literatur», sagt Lindauer. Grammatik und Orthographie würden vielerorts als Drill missverstanden. Und so fange er mit seinen Studierenden an der PH immer wieder von vorne an: Was sind Nomen, Pronomen, Satzglieder; warum schreibt man «spazieren» und nicht «spatzieren»?

Vor dieser Arbeit haben viele Lehrer kapituliert – aus ökonomischen Gründen, aber auch aus der Einsicht, dass ihre Bemühungen im Deutschunterricht nur mässig erfolgreich sind, trotz Theorie und unzähligen Übungsblättern, die viele nach wie vor selber erstellen. Von Kollegen wird ihnen mitunter empfohlen, diesen Aufwand auf ein Minimum zu reduzieren. Schliesslich, so heisst es unter Gymnasiallehrern, sei es den Schülern ziemlich egal, ob sie ein paar Fehler mehr machten. Manche Lehrer zeigen gar Verständnis für diese Haltung («Beethoven war's auch egal»). Rechtschreibung sei zwar zu benoten. Doch Probleme mit der Orthographie an sich müsse man heutzutage «outsourcen» – die Schüler sollten am Computer Korrekturprogramme verwenden oder Freunde oder Verwandte fragen, die Rechtschreibung wirklich beherrschten.

Der Ratschlag ist weniger bemerkenswert, als er auf den ersten Blick klingen mag. Maturanden müssen Texte korrigieren und überarbeiten können. So steht es zumindest im neuen Rahmenlehrplan. Und natürlich gibt es Lehrer (und Schüler), denen Orthographie und Grammatik wichtig sind, weil sie ein Bewusstsein für die deutsche Sprache entwickeln wollen. Doch die Prioritäten haben sich verschoben. Rechtschreibung und Grammatik spielen eine Nebenrolle. Statt daran zu arbeiten, verweisen Mittelschullehrer bei Defiziten gerne auf die unteren Stufen. Vielleicht sollten sie genau hinsehen und sich den einen oder anderen Punkt aus der Praxis der Volksschulen zu Herzen nehmen.

«Lehrer müssen nicht alles korrigieren», sagt Thomas Lindauer. «Sie sollten vor allem jene Fehler anzeichnen, die dem betreffenden Schüler immer wieder unterlaufen und auf die sich dieser bei der Überarbeitung dann konzentrieren kann.» So bleibe mehr Zeit für die inhaltliche Besprechung, und die Lehrer liefen weniger Gefahr, sich mit komplett korrigierten Aufsätzen zu überlasten.

Wie das funktionieren könnte, zeigt sich bei einem Besuch im Schulhaus Feld in Winterthur. Kaspar Vogel, der Sekundarlehrer, zeigt auf die offenen Schreibhefte vor ihm und sagt: «Zwei bis drei orthographische Anmerkungen genügen. Mit allen Fehlern auf einmal wären die meisten Schüler überfordert.» Auch er findet: «Die Auseinandersetzung mit dem Inhalt ist wichtiger.»

An der Universität ist es zu spät

Viele Schreibfehler in den Heften bleiben tatsächlich ungeahndet. Dafür kommt diese Art einer dosierten, auf individuelle Schwächen fokussierenden Rechtschreibung nicht nur im Deutschunterricht, sondern auch in anderen Fächern zum Tragen – etwa in einem Schülertext über die vier Jahreszeiten, die Erdachse und die Umlaufbahn um die Sonne. «Fünf Stunden Deutsch pro Woche wären viel zu wenig, um jene Unsicherheiten anzugehen, die am meisten Mühe machen», sagt Vogel. Also üben seine Schüler auch mit Texten, die sie in anderen Lektionen geschrieben haben.

Auch im Gymnasium sollte Rechtschreibung in allen Fächern Standard sein. So will es die EDK, so steht es schwarz auf weiss auf Antwortbögen von Maturaprüfungen. Wie Prüfungsexperten jedoch übereinstimmend berichten, werden Schreibfehler, unvollständige Sätze und falsch verwendete Begriffe mitunter überhaupt nicht angestrichen, geschweige denn bewertet. Machen es sich jene Schulen, die die Besten des Landes hervorbringen sollen, zu leicht, wenn sie stattdessen den kreativen Stil von Maturanden ins Feld führen?

Im Studium jedenfalls ist es zu spät, korrektes Deutsch zu lernen. Jurastudierende der Universität Bern müssen bei schriftlichen Arbeiten mit Abzügen von bis zu einer ganzen Note rechnen. Peter V. Kunz sagt: «Wer Rechtschreibung nicht beherrscht, sollte etwas anderes studieren.» Es klingt wie eine Warnung.

<https://www.nzz.ch/gesellschaft/korrektes-deutsch-will-gelernt-sein-ld.1290509>

NZZ, 5.5.2017

Sprachwissenschaftler Roland Kaehlbrandt

Es muss wieder mehr trainiert werden

Interview von Urs Bühler

Roland Kaehlbrandt, Autor des «Logbuchs Deutsch» ortet vielerorts starke Sprachdefizite und fordert mehr Training auf allen Stufen. Gleichzeitig wittert er einen Aufschwung der deutschen Sprache.



Wer tagtäglich flüchtige SMS in sein Smartphone hämmert, tut damit wenig für seine orthographischen Kompetenzen.

(Bild: Blend / Jetta / Mauritius)

Herr Kaehlbrandt, das Informelle ist auf dem Vormarsch, auf vielen Ebenen. Ist ewiggestrig, wer noch auf sprachlich formale Präzision pocht?

Tatsächlich ist die Kritik an Sprachnormen sehr verbreitet. Das hat mit dem flüchtigen Sprachgebrauch in den digitalen Medien zu tun, auch die Rechtschreibreform hat mit ihrem Hin und Her Schaden angerichtet: In einigen Bereichen hat sie übertrieben, durch die allgemeine Verunsicherung haben jene Auftrieb erhalten, die Normen überflüssig finden. Das bedaure ich sehr. Denn ohne eine gewisse Norm ist die Allgemeinverständlichkeit gefährdet. Die Norm verlangsamt auch den Wandel, sie ist wie ein Filter gegen eine zu schnelle Übernahme von Modeerscheinungen.

Die Norm konserviert also auch. Doch muss die Sprache sich nicht entwickeln können?

Natürlich sind Experimente angesagt, wie ich sie etwa unter dem Begriff «Speed-Deutsch» beschreibe, mit einer neuen rhetorischen Klasse von Ausdrücken wie «aber hallo» oder «das geht gar nicht». Da geht es weniger um Normverletzung als um das sportliche Erproben neuer Formen, mit Witz und Tempo. Martin Luther war ja ein Meister der Sprachschöpfung, er machte es allen vor mit seinen Worterfindungen, vom «Machtwort» bis zum «Feuereifer». Wir feiern mit dem Reformations-Jubiläum auch 500 Jahre der Prägung eines Sprachraums. Umso ärgerlicher sind die gespreizte Imponiersprache von Managern und die Abwendung der Wissenschaft vom Deutschen, indem Universitäten zunehmend auf Englisch setzen. So vernachlässigen wir unsere Sprache in vielen Bereichen und nehmen in Kauf, ihren Ausdrucksreichtum zu beschränken. Das kann unsere Sprache auf lange Sicht gefährden. Wir müssen aus dem Deutschen heraus Wörter bilden, so dass wir sie alle verstehen.

Im Vorwort Ihres «Logbuchs Deutsch» diagnostizieren Sie unserem Sprachraum einen «durch Gleichgültigkeit gekennzeichneten sprachlichen Dämmerzustand». Wollen Sie uns desillusionieren?

Keinesfalls. Ich will wachrütteln und motivieren. In unserer Sprachgemeinschaft gilt Sprache oft als etwas Sekundäres, viele haben kein oder ein geringes Interesse an sprachlichen Fragen. Es gilt, Begeisterung für unsere Sprache zu wecken, auch mit den regionalen Standardvarietäten, für die gerade die Schweiz so stimulierende Beispiele kennt. Es gilt auch das Bewusstsein dafür zu

schärfen, wie leicht es unsere geniale Sprache uns macht, neue Begriffe zu schöpfen, indem wir nach dem Lego-Prinzip Wörter verknüpfen zu Komposita wie «Kinderarzt».

Man trifft zunehmend auf entstellende Schreibungen wie «Kinder Arzt».

Das ist eine absurde Entwicklung, die eine grosse Stärke der deutschen Sprache etwa gegenüber dem Englischen, das Komposita gern einfach nebeneinanderstellt, auflöst. Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass Rechtschreibung nicht einfach eine lästige Formalität ist, sondern auch etwas mit dem Verständnis von Grammatik und Wortbildung zu tun hat.



[Testen Sie Ihre Rechtschreibung](#)

Wie gut ist Ihr Deutsch?

[von Urs Bühler, Balz Rittmeyer 5.5.2017, 06:30](#)

Man hört, der einstige Grammatikunterricht werde kaum mehr praktiziert beziehungsweise durch allgemeine Sprachreflexion abgelöst. Mit welchen Folgen?

Phantasie, freie Formulierungen, Gedankenfülle: Das alles wird stärker gefördert denn je und nimmt zu. Die Sprachrichtigkeit aber ist stark zurückgegangen. Es wurde noch nie so viel, aber auch noch nie so falsch geschrieben wie jetzt. Grundschüler in Deutschland machen fast doppelt so viele Rechtschreibfehler wie in den siebziger Jahren.

In der Sprachwissenschaft ist jedoch die Meinung verbreitet, die nachkommende Generation könne ihren Ausdruck noch den Situationen anpassen, die Norm also jederzeit einhalten, wenn es verlangt sei.

Bei Studienanfängern haben wir heute eine grosse Spreizung: Es gibt nach wie vor sehr gute Studenten, aber auch viele, denen es zum Beispiel an klarem Urteilsvermögen bezüglich unterschiedlicher Stilebenen mangelt, auch wenn ihre Arbeiten oft sehr ideenreich sind. Der differenzierte sprachliche Ausdruck wird heute zu wenig trainiert, nicht nur in der Schule. Die ganze Gesellschaft sollte ein schärferes Sprachbewusstsein entwickeln, einschliesslich der Medien. Die NZZ möchte ich loben; dass sie eine korrekte und differenzierte Sprache pflegt, ist ein Grund, weshalb sie auch in Deutschland gern gelesen wird.

Sie fordern, dass Deutsch als Zweitsprache ein verbindlicher Bestandteil jeder Lehrerausbildung ist.

Soll Einwanderung gelingen, braucht es einen Rahmen, und das mindeste ist der Rahmen einer gemeinsamen Sprache. Diese ist aber nicht nur als Werkzeug dafür zu vermitteln, dass die Leute sich hier im Alltag zurechtfinden. Es geht auch darum, sich den Kulturraum zu erschliessen, die Verbindung herzustellen zu dem, was über die Jahrhunderte hinweg in Deutsch geschrieben worden ist. Sprachintegration stellt uns zurzeit vor gewaltige Aufgaben, doch wenn sie uns glückt, erhält Deutsch eine ganz neue Bedeutung. Es wird eine Sprache für so viele Menschen, die einwandern, und manche nehmen sie wieder mit, falls sie nach Jahren in ihre Heimat zurückkehren sollten.

Grenzt das Beharren auf sprachlichen Normen weniger Gebildete nicht aus?

Wer meint, bildungsunbewohnten Milieus etwas Gutes zu tun, wenn er die Normen der Bildungssprache auflöst, der irrt. Der Aufklärung ging es darum, die Menschen zum Erreichen eines hohen Niveaus zu befähigen. Es muss allerdings wieder mehr und länger trainiert werden, von Rechtschreibung bis zum Wortschatz, gerade angesichts der Zuwanderung, und zwar bis in die Oberstufen. Aber heute soll möglichst alles niedrigschwellig sein, Üben gilt oft als uncool.

Jetzt sagten Sie doch eingangs, Sie wollten motivieren – und fordern nun mehr Drill?

Die Deutschdidaktik hat ein grosses Repertoire motivierender Übungen. Es gibt auch gute Erfahrungen mit dem, was ich Sprachsport nenne: Viele Menschen haben Lust auf spielerisches Wett-eifern.

Sie führen in Deutschland mit Partnern öffentliche Diktat-Wettbewerbe durch.

Ja, das ist sportlich, heiter und lehrreich. Da sitzen Hunderte mucksmäuschenstill in einem Raum, schreiben einen mörderisch schweren, humorvollen Text. Der «Wiesbadener Kurier» lässt auch Leser gegeneinander antreten.

Würden Sie so etwas mit der NZZ und anderen Partnern in Zürich durchführen?

Ja. Wir würden Sie gern dabei unterstützen, diese Idee in die Schweiz zu tragen – und dabei natürlich das hier abgeschaffte «sz» gegen ein Doppel-s eintauschen.

<https://www.nzz.ch/gesellschaft/der-sprachwissenschaftler-roland-kaehlbrandt-es-muss-wieder-mehr-trainiert-werden-ld.1290482>

Wer will „Kompetenzorientierung“ und „Transnationale Bildung“?

Die Pisa Resultate zeigen, dass westliche Industrienationen, die auf die „OECD-Kompetenzorientierung“ (siehe „Grundlagen für den Lehrplan 21“) umgestellt haben, seit Jahren abstürzen und trotzdem an der „Kompetenzorientierung“ festhalten. Warum fehlt der politische Wille, das abnehmende Bildungsniveau im Inland zu stoppen und die europäisch-humanistische Bildungstradition vor dem Niedergang zu bewahren? Eine Erklärung dafür bietet die Entwicklung der „Transnationalen Bildung“ TNB (Studentenaustausch, Hochschulgründungen im Ausland, Studienangebote an ausländischen Hochschulen oder Fernstudiengänge).

Wer will „Kompetenzorientierung“ und „Transnationale Bildung“? 30.4. von Peter Aebersold

In den angelsächsischen Ländern (USA, GB, AUS) wurde TNB in den 1990er Jahren mit der neoliberalen Doktrin Milton Friedmans (Chicagoer Schule) als Vehikel eingeführt, um die Privatisierung des Bildungswesens über nationalstaatliche Grenzen hinweg durchsetzen und in neokolonialistischer Manier in wenig „erschlossene“ Märkte eindringen zu können. Das führte zum GATS-Abkommen über die Liberalisierung des Bildungswesens, das auch von der Schweiz unterzeichnet wurde.

Mit TNB ist man in der Bildungspolitik nicht länger an einer breiten «Volksbildung» interessiert, zu der alle Schichten der Bevölkerung Zugang haben. Damit man sich die «besten Köpfe» aus dem Ausland holen kann, müssen jedoch die Lehrpläne auf die transnationale «Kompetenzorientierung» der OECD (Bologna-Reform, Pisa, Lehrplan 21 usw.) ausgerichtet werden. Bildungsinhalte werden damit weitgehend aus den nationalstaatlichen (und regionalen) Kulturen, Werten und Normen herausgelöst und auf transnationale Benchmarks ausgerichtet.

TNB wird auch in der Schweiz vorangetrieben. Schon 2007 schrieb Hans Zbinden SP, als Direktionsmitglied der FHNW: „Für die schweizerische Entwicklung transnationaler Projekte im Bildungsbereich bietet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schweiz die EU als Referenz – und Schrittmachinstitution an“. „So beginnt sich die bisher national ausgerichtete europäische Bevölkerung mentalitätsmässig über ihren Alltag und ihre Lebensumstände mit Europa zu identifizieren“. „Deshalb ist für unser politisch abseits stehendes und doch wirtschaftlich und kulturell weltoffenes Land die Entwicklung der Transnationalen Bildung in der EU ein wichtiger Referenzrahmen“. (Quelle: Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz KFH, 16. März 2007. Internes Aussprachepapier Hans Zbinden, FHNW)

Mit TNB soll also die Bevölkerung auf die Abschaffung der Nationalstaaten psychisch vorbereitet werden, womit gleichzeitig die letzten nationalen gesetzlichen Schranken (Gesundheits- und Arbeitsschutzgesetze, Gentechnologie usw.) zugunsten der globalen Wirtschaft fallen würden. Profitieren würden die globalen Konzerne und die internationalistische Politik, Verlierer sind – wie in der EU bereits ersichtlich - die Demokratie und die breite Bevölkerung. Es wundert deshalb nicht mehr, dass die gleichen internationalistischen Kreise, die sich für einen EU-Beitritt stark machen, den Lehrplan 21 mit seiner „Kompetenzorientierung“ politisch unterstützen.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/04/wer-will-kompetenzorientierung-und.html#more>

Nationalrätliche Kommission will "Informatik-Offensive"

"Informatik-Offensive" ist die Motion übertitelt, welche die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats letzten Freitag einreichte. Die Mehrheit will, dass der Bundesrat im Volksschulbereich und der Sekundarstufe II ein Programm für Lehrer und Schüler lanciert, welches der MINT-Förderung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vergleichbar sei. So der Motionstext.

Das Ziel: "Schüler jeglichen Alters sollen nebst den Userqualitäten auch lernen, was hinter den Bildschirmen steckt. Ziel muss es sein, dass Kinder lernen, selbst Lösungsstrategien zu entwickeln, Computer zu programmieren, Programme auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen und so erfahren, dass die Digitalisierung nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten sondern auch Produzentinnen und Produzenten braucht."

In einer Kurzdebatte soll der Nationalrat die Motion behandeln, ein Termin dafür steht noch nicht fest.

Es ist ein weiterer Schritt der Kommission, das Thema Informatik im Unterricht gesamtschweizerisch zu fördern. An einer der letzten Sitzungen hatte die Kommission schon festgehalten, dass in diesem Bereich grosse Unterschiede zwischen den Regionen bestehen, "namentlich zwischen dem Lehrplan 21 und dem Plan 'd'études romands'". Die Mehrheit fordert in einer Medienmitteilung vom letzten Februar die Harmonisierung der Lehrpläne und will den Lehrplan 21 auch in der Romandie und dem Tessin verankern. Dieser adressiert bislang nur die Deutschschweiz.

Zu der Mehrheit der Befürworter aus allen Parteien zählen in der ICT-Branche bekanntere Namen wie Fathi Derder (Vorstand digitalswitzerland), Hans-Ulrich Bigler (Direktor Schweizerischer Gewerbeverband) oder Kathy Riklin (Vorstand SwissICT).

Eine Kommissionsminderheit lehnt die Motion ab. Darunter finden sich nur SVP-Vertreter. Bemerkenswert: Unter den Ablehnenden ist auch SVP-Nationalrat Mauro Tuena, der seinen Beruf als "Computer-Techniker" bezeichnet und die eigene Website offenbar seit seinem Wahlkampf 2015 nicht mehr aktualisierte. (Marcel Gamma)

<http://www.inside-it.ch/articles/47377>

Schweiz am Wochenende, 7.5.2017

Firmen drängen immer mehr in die Schulen

SPONSORING IM SCHULZIMMER

von Nicola Imfeld

In den Schulen werden doppelt so viele gesponserte Lehrmittel verwendet wie noch vor acht Jahren. Die Aargauer Schulplattform Kiknet mischt ganz vorne mit und wehrt sich gegen Werbe-Vorwürfe.

Werbung ist in unserem Leben so allgegenwärtig, dass wir sie oft gar nicht mehr bemerken. Schon nur wenn man den Fernseher einschaltet, wimmelt es von Produktplatzierungen. Gerade Kinder sind gemäss Experten besonders anfällig für Werbung. Umso brisanter ist es, dass Firmen immer stärker in die Schulen drängen.

Die kik AG aus Wettingen steht hinter der grössten Schulplattform der Schweiz. Diese stellt Lehrpersonen im Internet unter dem Namen «Kiknet» eine üppige Sammlung gesponserter Unterrichtsmaterialien kostenlos zur Verfügung. Das Angebot wird rege genutzt: Rund 30'000 Downloads verzeichnet Kiknet pro Monat – doppelt so viele wie noch vor acht Jahren.

Der Geschäftsführer des Aargauer Lehrerverbands, Manfred Dubach, bestätigt, dass sich der Trend von gesponserten Lehrmitteln in den Klassenzimmern fortsetzt. Er sieht darin Gefahren und Chancen zugleich: «Wenn die Materialien inhaltlich gut und objektiv sind, spricht aus unserer Sicht nichts dagegen. Wenn aber lediglich eine einseitige Sichtweise vertreten wird oder die Lehrmittel Produktplatzierungen beinhalten, haben sie nichts im Unterricht verloren.»

Nicht nur Unternehmen sind aktiv

Kiknet sah sich schon mehrfach dieser Kritik ausgesetzt. Werden die Schülerinnen und Schüler für Werbezwecke missbraucht? Und wie neutral sind die Lehrmittel aus der Wirtschaft? Reto Braun arbeitete 15 Jahre als Lehrer und ist heute pädagogischer Leiter bei Kiknet.

Er ärgert sich über die «einseitige Berichterstattung» der Medien: «Es werden immer nur Nestlé, ABB und Co. thematisiert, dabei machen solche Unternehmungen nicht einmal die Hälfte unserer Partner aus.» Tatsächlich werden die meisten der rund 180 Unterrichtsmaterialien von Bundesämtern, Stiftungen oder Nonprofit-Organisationen angeboten.

Doch es gibt eben auch Lehrmittel wie jene von Swissmilk, die Zweifel aufkommen lassen. Die Dokumente des Schweizerischen Milchverbandes lesen sich wie ein einziger Werbe-Katalog und sind allesamt mit dem unverwechselbaren Kuh-Logo versehen. Unermüdlich wird darauf hingewiesen, wie wichtig und gesund Milch für Kinder und Erwachsene sei.

Im «Znüni-Memory» oder «Znüni-Dschungel» lernen die Schüler die verschiedenen Milchprodukte kennen. Zudem können die Lehrpersonen eine «Zmorge-Znüni-Empfehlung» austeilten. Die Nachteile von Milchprodukten werden in den Unterlagen, wenn überhaupt, bei Weitem nicht gleichwertig aufgegriffen.

Wer erstellt die privaten Lehrmittel?

Die Frage drängt sich auf: Hat Swissmilk diese Unterlagen selber verfasst oder diktiert? «Grundsätzlich erstellen wir die Dokumente zusammen mit ausgewählten Lehrpersonen. Die Firmen und Verbände überprüfen unsere Arbeiten nur, ob sie inhaltlich korrekt sind», sagt Braun. Die Lehrmittel zum Thema «Milch in der Schule» seien eine Ausnahme. «Diese Unterlagen wurden von Swissmilk entwickelt.

Wir haben ihre Arbeit aber gründlich kontrolliert und für gut befunden», hält Braun fest. Es sei eine Zeiterscheinung der Gesellschaft, dass immer das Haar in der Suppe gesucht wird, meint

Braun. Ein Blick auf andere angebotene Lehrmittel von Kiknet zeigt jedoch, dass sich wohl mehrere Haare in der Suppe befinden (siehe Box).

Firmen verfolgen gezielte Absichten

Bei der Interkantonalen Lehrmittelzentrale glaubt man nicht, dass das Engagement der Firmen und Organisationen im Bereiche der Lehrmittel selbstlos ist: «Durch die Unterstützung der Schulen verfolgen die Sponsoren bestimmte Absichten», heisst es in einer Broschüre aus dem Jahr 2014.

Mit Bezug auf die Energiediskussion ist dort nachzulesen: «So werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Energieträger je nach Ausrichtung der Firma bzw. des Verbandes unterschiedlich gewichtet, unter Umständen werden Nachteile und Probleme gezielt ausgeblendet.»

Der Dachverband Schweizer Lehrer und Lehrerinnen hat das Problem erkannt und im letzten Jahr eine Charta veröffentlicht. Er möchte «keine Beeinflussungsversuche» und eine «weltanschauliche Ausgewogenheit» bei den gesponserten Unterrichtsmaterialien. Der Einsatz von Firmenlogos wird hingegen nicht verboten, sondern soll mit den Schulen bilateral «geregelt» werden.

Ob diese unverbindlichen Richtlinien die Werbebotschaften vor den Klassenzimmern fernhalten, ist fraglich. Bisher haben nur wenige Unternehmungen oder Organisationen die Charta unterzeichnet, darunter die Swisscom und die Post. Trotzdem zieht die Zentralsekretärin des nationalen Lehrerverbandes, Franziska Peterhans, ein positives Zwischenfazit: «Wir haben mit der Charta ein grosses Echo erzeugt. Es gibt dauernd neue Interessenten.» Peterhans hofft, dass man mit den Richtlinien die Firmen und Verbände etwas «zügeln» kann.

Kiknet unterschreibt noch nicht

Auch die Wettinger kik AG hat noch keine Unterschrift unter das Dokument gesetzt. Und dies, obwohl man zusammen mit dem Dachverband Schweizer Lehrer und Lehrerinnen die Charta ausgearbeitet hat, wie Reto Braun sagt. «Wir unterstützen den Verband und seine Richtlinien. Aber wir können nichts unterschreiben, was wir noch nicht zu einhundert Prozent erfüllen.»

Es müssten noch wenige Lehrmittel abgeändert werden, damit diese chartakonform seien, sagt der Vertreter von Kiknet. Ein zeitliches Limit möchte Braun nicht festlegen, es wäre aber «super», wenn man die Charta bis Ende Jahr noch unterschreiben könnte.

Beispiele von gesponserten Lehrmitteln auf Kiknet

Rund 180 Unternehmen, Verbände und Stiftungen stellen auf der Schulplattform Kiknet kostenlose Lehrmittel zur Verfügung. Die «Schweiz am Wochenende» zeigt vier Beispiele, die wir als «heikel» eingestuft haben. Nicht überall hat sich dies bestätigt.

Rimuss

Der Traubensaft-Hersteller Rimuss versüsst den Unterricht zum Thema Rebbau mit Rezepten für alkoholfreie Cocktails. Ausserdem kann die Lehrperson ein kostenloses Rimuss-Degustationsset bestellen. Braun sagt dazu: «Das ist doch eine tolle Möglichkeit für eine Lehrkraft, wenn sie mit den Schülern etwas feiern möchte – zum Beispiel vor den Ferien.»

ifolor

Ein Lernziel zum Modul «Fotobuch» lautet: «Die Kinder lernen den Umgang mit Farben und Formen.» Ausserdem wird ein Projekt-Fotobuch erstellt, das an einer Vernissage vor der Klasse präsentiert wird. Das ist reine PR.

swissnuclear

Das Modul «Kernenergie und Kernkraftwerke» überzeugt. Die Unterlagen geben einen Überblick über die verschiedenen Energiequellen. Es gibt eine ausgeglichene Pro-und- Kontra-Liste für die erneuerbaren und nuklearen Energieträger. In einem «Gedankenspiel» wird aufgezeigt, wie man den Strombedarf der Stadt Zürich ohne Kernreaktoren decken könnte.

pharmaSuisse

Der Schweizerische Apothekerverband sponsert gleich vier verschiedene Schullektionen. Darunter sind die Module zu «Apotheke, Medikamente und Co» und «Bio & Gentechnologie». Beim erstgenannten Modul kommt in der Unterstufe ein Apotheker in die Klasse, der einen «Blick hinter die Kulissen» geben soll. Bei «Bio & Gentechnologie» werden die möglichen Nachteile nicht aufgezeigt.

<https://www.schweizamwochenende.ch/>

Abhängigkeiten und Beeinflussung bis hin zur Entmenschlichung

DIGITALISIERUNG UND ROBOTERISIERUNG

Kinder sollen möglichst früh mit den digitalen Medien vertraut sein, mit ihnen umgehen, ja programmieren können, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Solches bekommt man oft zu hören. Zudem wird als unausweichlicher Fakt prognostiziert, dass in Zukunft immer mehr Arbeiten – auch des Mittelstandes – von Robotern erledigt werden.

Sicher, weder Autos, Fernsehen, Handys, Computer noch Roboter sind des Teufels. Sie alle sind jedoch auch nicht per se gut. Es kommt entscheidend darauf an, wann, wie und wofür sie eingesetzt werden. Wir Menschen sind den Entwicklungen nicht einfach ausgeliefert, wie suggeriert wird. Es gilt, Vor- wie Nachteile abzuwägen und entsprechend zu handeln.

Was macht Sinn?

Es ist genial, dass Waschmaschinen und Backöfen programmiert werden können, wann immer und wie sie eingesetzt werden sollen. Auch programmierbare Raumtemperaturen können ein Segen sein oder mit Hilfe von Robotern ausgeführte hochdiffizile Operationen: ein wahrer Fortschritt. Problematisch wird es, wenn der Kühlschrank einem melden muss, wann das Verfalldatum eines Nahrungsmittels abläuft oder wieder eingekauft werden sollte. Je mehr unsere Gehirne entlastet werden, umso eingeschränkter funktionieren sie. Ebenso ist es nicht nur ein Fortschritt, sollte tatsächlich eines Tages ein Auto keinen Chauffeur mehr brauchen. Damit geht beim Besitzer Knowhow und eine gewisse Vielseitigkeit verloren. Dies macht ihn zudem abhängig und überfordert ihn, sollte der Autopilot einmal ausfallen. Vielleicht meldet uns mit der Zeit sogar unsere Kleidung über eine App aufs Handy, dass es Zeit ist, einen frischen Pullover anzuziehen, weil der andere unangenehm riecht. Nicht alles Machbare ist auch sinnvoll, wenn wir dadurch immer fremdbestimmter und an äussere Bevormundung gewöhnt werden.

Verdeckte Beeinflussung

Deshalb ist es entscheidend, in welchem Alter und Umfang, aber auch wozu unsere Kinder in Kindergarten und Schule digitale Medien nutzen sollen. Es muss genau überlegt werden, auf Kosten welcher anderer Fächer, Fähigkeiten und Erfahrungen der verstärkte Unterricht mit diesen Maschinen geht. Bequemlichkeit und vermeintliche Kosteneinsparungen sollten nicht dazu verleiten, Schüler zunehmend digitaler Stoffvermittlung zu überlassen. Zu viele Organisationen und Firmen, die das grosse Geschäft um Einflussnahme und finanziellen Gewinn für sich verbuchen wollen, betonen schon heute die ach so lauterer Vorteile und Unabdingbarkeiten für eine intakte Zukunft. Dabei ist gut erforscht, dass das Lernen am Computer – abgesehen von vertiefenden Inhalten und Übungen – viel weniger bringt, weil Lernen v. a. über Beziehungen zu Persönlichkeiten und Vorbildern funktioniert. Weiter ist bekannt, dass die sonst schon weit verbreitete exzessive Nutzung sogenannter sozialer Netzwerke zu oft auf Kosten realer zwischenmenschlicher Beziehungen, sozialer Verhaltensweisen, Autonomie und Freizeitgestaltung in der Natur geht. Je früher dieser Prozess stattfindet, umso mehr gehen zwischenmenschlich wertvolle Fähigkeiten wie Mitgefühl, Verantwortungsbewusstsein und Dasein füreinander verloren. Egoismus, Beliebigkeit und Gleichgültigkeit, aber auch Einsamkeit, Unzufriedenheit und Depressionen sind weitere tragische Folgen. Auch dürfen mögliche Nebenwirkungen der damit verbundenen Strahlenbelastungen auf unsere Gesundheit nicht unterschätzt werden.

Folgen bedenken!

Der exzessive Gebrauch von Handys, Computern und Tablets dürfte ebenfalls den sich abzeichnenden Pflegenotstand weiter verschärfen. Weshalb sollten junge Menschen an der Pflege und am Umgang mit Betagten interessiert sein, wenn sie sonst generell auf virtuelle Kontakte getrimmt sind? Bedenklich stimmt zusätzlich, wenn wir heute schon damit vertraut gemacht werden sollen, dass in Zukunft zunehmend Roboter Arbeiten von uns übernehmen werden und auch der Mittelstand um seine Arbeitsstellen fürchten müsse. Gibt es an dieser Entwicklung wirklich nichts zu rütteln? Müsste es nicht möglich sein, dass sich Länder und Gesellschaften nicht dazu hergeben? Kommt es uns alle nicht noch viel teurer zu stehen, wenn dafür teure Beschäftigungsprogramme und Therapien boomen, weil sie sich der vielen Arbeitslosen annehmen müssen? (Siehe auch Artikel auf S. 4, 12 und 13).

Lisa Leisi

http://www.edu-schweiz.ch/fileadmin/user_upload/1-EDU-CH/1-doku-ch/Standpunkt/2017-Standpkt/standpunkt-2017-04-CH.pdf

Schule Schweiz, 5. Mai 2017

Die fidele Welt der Schweizer Bildungspolitik

Man nimmt's wie es kommt und man sagt, was einem gerade politisch nützt. Das scheint die Präambel der EDK zu sein. Noch ist die [Konfusion zur Frage, ob der Lehrplan 21 nun etwas grundlegend Neues oder bloss alter Wein in neuen Schläuchen sei](#) nicht vergessen. Inzwischen öffnet sich ein weiteres Feld. An einer Podiumsveranstaltung in Dornach erlebte Alain Pichard ein weiteres Beispiel behördlicher Selbstverstümmelung.

Quelle: Alain Pichard, 4.5.

An einer Podiumsveranstaltung am 17. November in Zürich äusserte sich der Geschäftsleiter der D-EDK, Christoph Mylaeus-Renggli, zur zunehmenden Testerei:

Es wird keine flächendeckende Teste geben, lediglich Stichproben zwecks Bildungsevaluation, was uns eine evidenzbasierte Bildungspolitik erlaubt.

An einem Podiumsgespräch zum Lehrplan 21 in Dornach sagte Regierungsrat Ankli, die Teste dienen der individuellen Förderung der Schüler.

Pichard: Dann müssen Sie aber die Teste flächendeckend machen, denn dann muss ja jeder Schüler den Test machen!

Ankli: Ja natürlich, die Teste werden flächendeckend sein, jeder macht sie... aber ohne Noten!

Pichard: Aber die EDK spricht von Stichproben.

Ankli: Nein, im Kanton Solothurn sind sie flächendeckend, sonst macht es ja keinen Sinn.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/05/die-fidele-welt-der-schweizer.html>